

Bezugspreise:

Die halbe monatlich bei zweimaliger
Auslieferung 7.50 Reichsmark, vierteljährlich
22.50 Reichsmark, sechsmonatlich
42.00 Reichsmark, jährlich 80.00 Reichsmark.
Einzelhefte 1.25 Reichsmark.
Zustellungsgebühren. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
ausländischen Postgebiet unter
Einschluß der Postgebühren ist
unverlangt eingepackte Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Redaktion nur mit der
Einschließung eines Zeitungsge-
haltens. Ferner der Schlußlieferung Nr.
1140, der Bezugsliste Nr. 1133
u. 1133 der Bezugsliste Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Zeitung

Stin fund 'unfänger Jahrgang.

Anzeigenpreise:

Die 6 Spalten 34 mm breite Mil-
limeter oder deren Raum 60 20
Sonnentagen 40 Pf., Restraum
die 92 mm breite Millimeterzeile
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle an. Für die
Anzeigenblätter. Erhaltungssort-
halle. Erstausgabe täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schiffvermittlung und Haupt-Be-
schäftsstelle: Halle, Neue Promen-
ade 15, Dr. Grundmann, 17.
Neben- und Geschäftsstellen: Große
Mühlstraße 52 und Markt 24.
Postfach-Nr. Leipzig Nr. 4009.

Nr. 60.

Halle, Sonnabend, den 5. Februar 1921.

Einzelpreis 30 Pfa.

Zwei und zwei ist — acht....

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Mr. Keynes hat jüngst in einem Aufsatze, mit dem wir
fameln, viel gegenständlichen Spott des Engländers, das Werk-
schaffen der Ministerpräsidenten bei der Pariser Konferenz
gerühmelt. Nachdem er bewiesen hat, daß Deutschland
selbst nach den äußersten Schätzungen keinesfalls mehr als
4 Milliarden jährlich (2 aus den Ueberflüssen der Ausfuhr,
2 aus dem Sonderzoll) würde aufbringen können, während
man unter Einwirkung der Ausfuhrabgaben für künftige
Jahre 8 Milliarden von ihm verlangt, gibt Keynes die
folgende Formel der Konferenzdiplomatie: Lord George
glaube schon viel erreicht zu haben, wenn er Briand zu dem
Zustandnisse bringe, zwei und zwei sei nicht (Dummer) zwölf,
sondern nur acht, während Briand die Verzögerung der acht gegen-
über der sechs Konkrete verleihe, daß die Rechnung „zwei und
zwei gleich zwölf“ für Frankreich noch ungleich vorteilhafter
sei.

In der Tat hat der Kenner der Wirtschaft und Politiker-
leben die Haltung Briands vor der Kammer genau voraus-
gesehen. Briand, statt als Sieger und Wehrer des
materiellsten Gedächtnisses aufzutreten, will wirklich eine
Rechtserregung, fast eine Entschuldigungsrede. Er ver-
weigert keine „acht“.

Nicht aber glücklich. Den Franzosen boten sich, von ihrem
Standpunkt gesehen, in Paris zwei Möglichkeiten. Man
konnte an dem Programm Seydoux, also an den beeng-
testen Zahreszahlungen, also an der grüßlichst unbegrenzt-
en, nur tatsächlich begrenzten Anknüpfung der deutschen
Wirtschaftskraft festhalten. Oder man konnte der Festlegung
einer bestimmten Summe zustimmen, die zugleich die Be-
lebungsfähigkeit der deutschen Verpflichtungen ausdrückte
und für Frankreich die Möglichkeit bedeutete, sofort zu Geld
zu kommen. Da dieser Wunsch in Paris über die anderen
oblegte, hätte Briand den Unersättlichen in der Kammer
sagen können: Wir haben auf die Unbestimmtheit unserer
Forderung verzichtet und weitens einen Teil der deutschen
Verpflichtungen in einer Einblume festgelegt, weil ein un-
bestimmter Betrag von niemand gesehen wird, und weil ohne
die feste Beziehung Frankreich kein Bezugs zu haben bekommt.
Frankreich braucht aber ein Geld, um einen möglichst großen
Teil der Selbstträge in seinem Haushalt zu decken. Darum
haben wir neben dem bewiesenen Kosten der Ausfuhr-
abgaben, ungenügend, die Summe genannt, die nach unna-
dlicher Einbringung nach Deutschland erlangt werden kann.

Briand hat nicht so geäußert. Er hat versucht, das
Verlierer Ergebnis so darzustellen, als seien zwei ganz ver-
schiedene Arten des Verfahrens, die bewiesenen Zahres-
zahlungen und die Benennung eines Gelambetrages, darin
verbunden. Wie dieser Widerspruch zu lösen ist? Sehr ein-
fach. Frankreich, meint Briand, sichert sich die Vorteile eines
bestimmten Selbsttrages Guthabens, ohne daß es darauf ver-
zichte, seine Forderung zeitweilig zu erhöhen. Die un-
genügende Summe ist oben gar keine ungenügende Summe;
sie drückt nicht die Höhe des französischen Anpruchs, sondern
lediglich den zumengedachten Betrag der nach heutiger
Schätzung erlangbaren Jahreszahlungen aus. Das Epithem
der „Annuitäten“ ist also gar nicht aufzugeben; der einzige
Unterschied ist, daß man, statt mit fünf, heute mit zwei-
und-zwanzig „Annuitäten“ rechnet.

Die Kammer war gleichwohl nicht zufrieden. Tarbieu
rechnete die deutschen Zahlungen auf ihren Gegenwartswert
um, teilte den französischen Anteil fest, bezifferte diesen An-
teil in Gold, die Wiederanbahnungen dagegen in Papier-
währung und hatte es daranhin leicht, zu beweisen, daß ein
Zahlungsbetrag von 200 Milliarden (143 für Wiederanbahn, 57
für Beschlüssen) nicht mit 71 Milliarden zu begleichen sei.
Inwiefern, als Frankreich eine erlangbare Summe in barem
Geld nötiger hat als den unbestimmten Ertrag jahrzehnt-
langer Ausbeutung Deutschlands, haben die Unzufriedenen
in der Kammer auch recht. Wie aber ist eine solche Beziehung
des französischen Guthabens zu erhalten? Nur unter zwei
Voraussetzungen: die Summe muß genügend, d. h. vorbestimmt
festgelegt sein. Und sie muß so bemessen sein, daß die
Geldgeber des Auslandes in der Lage sind, sie zu beleihen.
Denn außerhalb Frankreichs und außerhalb der politischen
Sphäre ist nicht die Wirtschaftskraft Deutschlands ein,
wie sie wirklich ist; und auf diese Einbringung ist Frankreich
angewiesen.

Kededeu Tarbieu-Briand.

Die Auseinandersetzung zwischen Briand und Tarbieu
nahm in der Freitag-Sitzung der französischen Kammer
ihren Fortgang. Tarbieu, welcher die Kritik der
Einführung des Pariser Vertrages verlangte,
sagte, daß man sich seit einem Jahre von ihm entfernt habe,
und führte weiter aus:

Es wäre ein notwendiges Gebot, daß der Chef
der französischen Regierung klipp und klar erklärt hätte,
daß das Parlament die Änderungen des
Vertrages nicht folgen werde. (Beifall.) Von Des-
tines sollen wir uns bestimmen lassen, den Vertrag von Ver-
sailles zu bezeugen. Die englischen, amerikanischen
Beziehungen mit uns vollständig glücken, und bei
unseren Alliierten müßten wir bei unseren Abmachungen
intelligenter Unterliegen finden.

Eine Anspielung auf die Friedensmöglichkeit,
welche Herr Briand im Jahre 1910 herorgehoben
hatte, verlangte den Ministerpräsidenten zu einer heftigen
Entgegnung. Die Beantwortung der Ausführungen Tar-
bieus begann Briand mit einer Kritik, welche in dem

an Tarbieu gerichteten Satz zusammengefaßt werden kann:
„Am Tage, der dem Waffenstillstande folgte, hatten Sie alle
Vorteile in der Hand, um die Frage der Schutz-
bindungen zu behandeln, um so mehr, als Sie einen gemein-
samen von allen Alliierten unterzeichneten Entschluß in
Händen hatten. An der Spitze dieses Entschlusses stand die
Solidarität aller Alliierten und das Verbot, Frankreich
weiszusagen. Was ist aus diesem Entschlusse geworden?“
Nach einer Anspielung darauf, wie Herr Clemenceau
mit dem Parlament gespielt habe, fügte Briand hinzu, heute
kann man wenigstens desultorisch nach seiner Zwangs-
lage gegenüber. Die Kammer wird die Beschlüsse annehmen
oder nicht. Jetzt sind zwei Herren, welche Sie
kennen, zur Konferenz begeben. Doumer hat die irrtüm-
liche Ausführung des Pariser Vertrages verlangt. Er hat
dieses mit patriotischer Wärme und in genauer Kenntnis
des Vertrages getan. Dabei hat er die Wirkung in den ver-
schiedenen Konzeptionen beobachtet. Ich hatte
nicht über den Vertrag disputieren wollen, aber ich kann
nicht dulden, daß man fortfährt, im Parlament und in der
Öffentlichkeit so große Irrtümer aufrechtzuerhalten. Der
Vertrag von Versailles ist ideal, wunderbar
und vollkommen. Es leidet nur an einem, er ist
nicht lebensfähig (Unterbrechung), und man muß ihm
Leben geben (Unterbrechung). Man muß einen Mechanismus
in Tätigkeit setzen, welcher einem toten Buchstaben
das Leben gibt.

Dieser Mechanismus ist die Wiederherstellung
der Kommission. In jedem Augenblicke, die jedem Artikel
internieren sie, um die Zahlungsfähigkeit Deutschlands
zu messen, die Zahreszahlen festzulegen. In dieser Kom-
mission sind wir wie 1 zu 2 vertreten. Sie wissen wohl,
daß seit einem Jahre in der Kommission Un-
einsigkeit herrscht. Hat Clemenceau nicht gesagt, daß
der Vertrag nur ausgeführt werden kann mit der vollstän-
digen Uebereinstimmung der Alliierten? Ich habe mir als
Wichtigstes vorgenommen, diese Uebereinstimmung aufrecht-
zuerhalten, und die Konferenz wurde in vollständigster
Harmonie und Herzlichkeit geschlossen. Briand betreibt also
die Möglichkeit der von Tarbieu angegebenen Zahlen, wenn
dieser gegenüber dem Pariser Vertrag in den Pariser
Beschlüssen eine Ermäßigung von 100 Milliarden Goldmark
erhöht. Ich nehme, sagte Briand, für die deutsche Ausfuhr-
abgabe als Durchschnittszahresrate die Zahl von zwei
Milliarden nicht an.

Die technischen Sachverständigen, welche die Finanz-
lage Deutschlands und seine industrielle Produktion zu über-
wachen haben, stellen fest, daß in den letzten dreißig von den
42 Jahren: die deutsche Ausfuhr 30—35 Milliarden pro
Jahr betragen werde. Heute habe ich bei der Wieder-
machungskommission Erfindungen über die
Vorteile unserer Schäden eingesehen. Diese Zahl variiert
zwischen 100 bis 110 Milliarden Goldmark.
Frankreich kann also hoffen, daß es seine Schäden bezah-
len kann. Durch die Verknüpfung der alliierten Zah-
reszahlungen mit dem Wiederanbahnung der deutschen Industrie
hoffen wir einen bestimmten Prozentsatz erreichen zu können.
Briand fügte noch hinzu, daß Beziehungen über die
Frage der internationalen Schulden im Gange
seien.

Der Oberste Rat und der Plan Seydoux

Die Pariser Blätter stellen höflichst fest, daß das so
genannte Projekt Seydoux, das trotz seiner Be-
nennung ein gemeinamer Plan der verbünde-
ten Schwerkriegsmächte sei, vom Obersten Rat nur in-
sofern verändert wurde, als es empfohlen wurde, die Fest-
legung der letzten Zahreszahlungen aus politischen Grün-
den zu verzögern. Im übrigen sei das Projekt von
der Pariser Konferenz aber genehmigt worden.
Das „Projekt Seydoux“ habe für die ersten fünf Jahre
Deutschlands Leistungen im Gesamtwerte von 15 Milliarden
Goldmark vorgeschlagen, während die Pariser Beschlüsse,
abgesehen von der Ausfuhrabgabe, für die ersten fünf Jahre
13 Milliarden Goldmark anleihen. Das „Projekt Seydoux“
habe die Erhebung einer Abgabe von den wichtigsten deut-
schen Ausfuhrarten vorgesehen. Die in Brüssel gebildeten
Abordnungen für die Abtragung der deutschen Schuld seien
von Dierken Rat genehmigt worden.

Der „Temps“ berichtet zu dieser hoffnungsvollen Fest-
stellung, der wesentliche Unterschied zwischen dem
Projekt der Brüsseler Sachverständigen und der Methode der
Pariser Konferenz bestehe darin, daß die Sachverständigen
den durch die vorzeitige Schätzung der deutschen
Schulden verursachten Zant verhüten und Deutsch-
land in der Hoffnung auf eine allgemeine Entspannung zu-
nächst einmal zum aufrichtigen Beginn seiner Leistungen ver-
anlassen wollten. Das Blatt fährt dann fort: „Man erinnert
sich aber, wie das Schicksal der deutschen Regierung, die so-
gar die oberste Frage in die Debatte gemorren hat,
das letzte und verhängnisvolle Projekt der verbündeten Sach-
verständigen zum Scheitern brachte.“

Nach dem „Temps“ scheint man anzunehmen,
daß das Abkommen über die Reparationsfrage nach seinem
Wahlschicksal als diplomatisches Zusatzinstrument des Friedens-
vertrages von Versailles angesehen wird, so daß seine
Ratifizierung durch das Parlament erfolgen müsse.

Streitfall Danzig-Polen.

Die außerordentlich schwierige Lage, die sich aus den
Vorarbeiten der Danziger-Polnischen Kon-
vention für Danzig ergibt, hängt bereits an, sich bemer-

bar zu machen. Das Gebiet des Danziger Freistaates darf
nicht zur militärischen Basis irgendeines Staates gemacht
werden, und polnische Soldaten dürfen nur im Urlaubs-
stande unbewaffnet sich in Danzig aufhalten. Nach dem Ab-
zug der alliierten Truppen aus Danzig im Dezember vorigen
Jahres haben schon die Polen die Kaserne im Danziger
Hafenortort Neufuhrmüher mit Truppen
belegt, mit der Motivation, daß sie diese Truppen be-
nötigen, um die Lebensmittellieferung durch den Freistaat
Danzig bewachen zu lassen. Die Regierung von Danzig be-
steht nun darauf, daß diese Kaserne von polnischen Truppen
geräumt werden muß; die polnische Regierung vertritt die
gegenteilige Ansicht, so daß der Streitfall
zwischen der Danziger Regierung und den
Polen gegeben ist. In einem letzten Akt hat die Kom-
mission vor, daß der Oberkommissar des Völkerbundes um
die Entscheidung anzurufen ist, was nunmehr geschehen ist.

Preußen und die rheinische Demokratie.

In einer großen Wählerversammlung in Köln hat
früher der Führer der rheinischen Demokraten, Justizrat
Lübber, über das Verhältnis zwischen Preußen und dem Reich
geprochen. Die Frage dürfte nicht sein: Soll Preußen zer-
legt werden? sondern: Wie soll die Schwermütigkeit eines
Landes, das mit Sicherheit auf dem westlichen, im Ver-
hältnis zum Ganzen gelöst werden? Für die einseitig
gibt es nur das Besondere in dem einheitlichen, unteil-
baren Großdeutschland, unter Einwirkung der abgetrennten
Provinzen. Man dürfe nicht so freudig sein, den Friedens-
vertrag innerlich zu billigen. Der Bestand des Landes
Preußen hindere die Zusammenfassung aller Deutschen in
eine einheitliche Republik. Vor dem deutschen Einheitsstaat
habe die Revolution halt gemacht. Das sei ein Beweis,
daß die Zugehörigkeit zum einzelnen Land tief in jedem
Deutschen läge. Deshalb müßte es sich, wenn man Preußen
in seine 12 Provinzen aufteilen wollte, anfangs der Wäh-
lerfrage der preussischen Verwaltung habe der Ruf „Los von
Preußen!“ im Rheinland Anfang finden können. Aber
ausgesprochen dürfe man keine Klammer lösen, die das
Rheinland mit Preußen verbinde. Man dürfe die Provinz
nicht zu eigenen Staatsgebilden machen, sondern nur den
Gedanken des Freiheits von Stein anwenden, eine Selbst-
verwaltung der Provinzen zu schaffen, die zum Staat hin-
süß. Nur der feste Zusammenhalt aller Deutschen könne
den Zukunft erhalten. Das Ziel: „Ich bin ein Preuße“,
müßte ausgingen in das andere: „Was ist des Deutschen
Vaterland!“

Demokratie und nationaler Gedanke.

In längeren Darlegungen hat kürzlich der Reichstagsabg.
Dr. Aid I. „Gründ. Kur.“ den Nationalen Gedanken zu för-
dern und zu vertiefen. Er schreibt u. a.: Wer keine Ken-
ntnis über die Stellung der Parteien zum nationalen Gedan-
ken nicht ausschließlich aus der rechtslebenden Presse schöpft,
müßte längst, das die Deutsche und deutsche Partei in
den meisten Gegenden ihres Programms erklärt. Auf dem
Rührerberger Parteitag hat sie wiederholt durch ihre
berufenen und berechneten Führer sich zu dieser Anschauung
bekannt. Leider hat sie zug gegeben werden, daß die nation-
ale Haltung einer Partei in Deutschland nicht schon an
und für sich läßtverfänglich ist; sonst würden die Par-
teien es wohl kaum für nötig halten, sich das schmüdende
Schwort „deutsch“ beizulegen, wie es seitens der Deutschen
NSDAP und der Deutschnationalen Volkspartei ge-
schähe. Wer würde in England daran denken, eine Partei
„Englisch-konservativ“ oder „Englisch liberal Party“ zu
taufen. Würde er sich damit nicht lächerlich machen? Und
ebenso liegen die Dinge in Frankreich und Italien. Nur
in Deutschland ist das Besondere einer Partei zum Deutlich-
tum seine glatte Selbstverständlichkeit.

Die Deutschen sind nun einmal in einem Maße, wie kein
anderes Volk von des Gedankens Wäse angegriffen und
woller auch das, was andere Völker nur gütlichmäßig er-
fahren. Das prüfen den Verstand gerechtfertigt haben.
Selbst Begriffe, wie Heimat, Vaterland, Nationalgefühl,
müßten längst, das die Deutsche und deutsche Partei in
die erkannt werden. Einem Ausländer wird das festlich einer
nicht viel anderen Eindruck machen, als sollte man künst-
liche Wörter eine Vorliebe über Muttertöne halten.
Dabei spielt noch eine andere Eigenschaft des Deutschen
mit, die schon unter acht deutscher Dichter Apollon erkannt
hat, wenn er halb lebend, halb tadelnd den Deutschen
warnt, „nicht allzu gerecht“ zu sein. Auch diese übertriebene
Gerechtigkeit kann eine Hemmung für die Entwicklung des
geliebten nationalen Gedankens bilden. Jedenfalls erscheint
es aber richtig, — man mag das bedenken, oder damit einen
Satzg erfinden — bei uns Deutschen aus einem nationalen
Gedanken als dem einen Nationalgefühl zu sprechen.

Diese Verhältnisse laßt sich auch geschichtlich be-
greifen als ein Erbe unterer im ganzen unglücklichen
Geschichte. Rom erzielte Aufstiege in der Geschichte an, sind
wir ein zerrissenes, ein uneiniges Volk gewesen und im
großen und ganzen geblieben. Die Unfähigkeit an unser
großes Volk ist uns nicht angeboren, ist nicht zum Zufall
geworden, wie bei anderen Völkern, sondern der nationale
Gedanke ist, selbst die Zeit der Freiheitskriege und des Jahr-
1848 nicht ausgenommen, im Rhein weniger erzieht in
Geist anstrebungen und hat sich von diesen an in Folge
verdrückt. Was ihm an Ursprünglichkeit abgeht, ersetzt er
durch höheren Schöpfung und größere Reife von den
Schlägen nationaler Völkerei.
Auf dem nationalen Standpunkt stehend, hat die
deutsche Demokratie für den nationalen Gedanken gerichtet



